

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Festtagen nur morgens...

Interate lesen die abgeheftete Kompartimentsliste ober dem Raum 170 III. ...

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. ...

Inferaten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Berliner Metallindustrie stillgelegt.

Allgemeiner Streik der Metallarbeiter.

Soweit die Lage gegenwärtig bereits überblickt werden kann, ist der Streik in der Berliner Metallindustrie jetzt allgemein. Ueberall haben die Arbeiter, der Aufforderung der gestrigen Vertretersmännerversammlung zufolge, geschlossen die Arbeit niedergelegt. Der großen Bedeutung bewußt, den diese letzte Phase des Kampfes ihrer Kollegen für die gesamte Arbeitererschaft Deutschlands besitzt, zögerten die bisher noch nicht am Streik beteiligten Arbeiter keinen Augenblick und traten in den Solidaritätsstreik.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubte heute morgen feststellen zu können, daß die Arbeiterschaft keineswegs „streiklustig“ sei. Wenn es der Wahrheit die Ehre geben will, wird es jetzt wohl auch zu der Feststellung gezwungen sein, daß der Streik allgemein geworden ist. Gewiß sind die Arbeiter nicht streiklustig in dem Sinne, daß der Streik für sie eine Lust bedeutet und sie aus bloßer Freude am Nichtarbeiten streifen. Aber wenn, wie in diesem Fall, die Bekämpfung der Absichten der Unternehmer das solidarische Handeln der Gesamtarbeiterschaft es nötig macht, wenn es gilt, durch solidarisches Handeln die Vergewaltigungversuche der Unternehmer zurückzuweisen, dann treten bei allen Arbeitern die persönlichen Rücksichten zurück und das Interesse und die Verantwortung für ihre Klasse bestimmt ihr Handeln. Die Behauptung des „Berliner Tageblatts“, daß in den Siemenswerken bereits gestern mehrere tausend Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben und daß diese Zahl dauernd im Wochen begriffen sei, ist vollständig un wahr. Auf die Aufforderung der Siemensleitung haben von den 35 000 Arbeitern, die in sämtlichen zwölf Werken beschäftigt sind, nur etwa 1500 ihre Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme erklärt. Von diesen haben es über 1000 nach Aufklärung des Sachverhalts entschieden von sich gewiesen, ihren Kollegen als Streikbrecher in den Rücken zu fallen. Die Arbeiter der Siemenswerke frehen bisher noch durchwegs geschlossen da. In mehreren Nebenbetriebs-Versammlungen, die von über 10 000 Arbeitern besucht waren, wurde einstimmig eine Entschädigung angenommen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Unternehmer die Absichten auf Rechtslosmachung der Arbeiterräte aufgegeben haben.

Seute um 11 Uhr findet eine gemeinsame Sitzung der Leitung der politischen Parteien, des Ausschusses der Gewerkschaftskommission, des Berliner Rößlungsrats und der Fünfköernerkommission statt, die über die gegenwärtige Lage beraten wird.

Fortsetzung der Vernehmung Bethmanns.

Als weiterer Sachverständiger wird bei Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Freiherr v. Romberg, der frühere deutsche Gesandte in Wien, vereidigt. Auch er wünscht, daß diese Zeremonie nach der alten, religiösen Formel vorgenommen werde.

Herr v. Bethmann hat inzwischen Zeit gehabt, sein Gedächtnis aufzufrischen und kann einige der bei der letzten Sitzung unerledigt gebliebenen Fragen beantworten. Der Richter Evans habe ihn über Wilsons Absichten Festischer gestimmt. Dem amerikanischen Vorkämpfer habe er bei seiner Reise nach Washington im Herbst 1916 keine bestimmten Verbindungen mitgegeben, Burton, der österreichische Minister des Auswärtigen, sei im allgemeinen über den deutschen Wunsch nach einem Friedensschritt Wilsons unterrichtet gewesen, in den Einzelheiten halte man auch Bundesgenossen nicht auf dem Laufenden.

Wichtiger ist die Frage, warum Bethmann der Wilsonschen Friedenskassation zugezogen sei, obwohl der amerikanische Präsident erucht hatte, in dieser Zeit möglichst wenig von deutschen Friedenswünschen zu reden. Der frühere Kanzler benutzt die Gelegenheit, den Vorwurf der Doppelzüngigkeit zu entkräften, der sich aus dem Widerspruch zwischen einem Telegramm Zimmermanns an Bernstorff und einer Depesche Bethmanns an Hindenburg ergibt. Zimmermann teilte dem Vorkämpfer mit, Berlin werde eine Aktion Wilsons vorziehen, Bethmann betrieb zu gleicher Zeit die Verschleimung des deutschen Angebots. Der Senge hat das letzte Mal in diesem Zusammenhang von der Politik der zwei Eichen im Feuer gesprochen, heute ist er bemüht, die Einheitslichkeit der Regierungsbandlungen

darzutun. Seine Darlegungen, die er wieder wörtlich verliest, sind unverständlich und weitschweifig, aber wenig beweiskräftig.

Nicht recht verständlich ist es, worum Bethmann dann weitschweifige Auslassungen darüber macht, daß Amerika von dem drohenden U-Voortkrieg unterrichtet gewesen sei. Wertvoller wäre es, wenn er sich über das Gramantelegramm äußern wollte. Aber auch dann wünschten wir weniger Energie im Ton als Klarheit der Beweisführung. (Sitzungsbericht auf der zweiten Seite.)

Der Wahlsieg der Arbeiterpartei in London

H. N. London, 4. November. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen zeigt, daß die Erfolge der Arbeiterpartei noch weit größer sind, als man anfangs angenommen hatte. Zwar liegt das vollständige Ergebnis noch nicht vor, doch steht bereits fest, daß in London die Arbeiterpartei 358, die Konserwativen 385 und die Liberalen 65 Mandate erhalten haben. Der Gewinn der Arbeiter ist hauptsächlich auf Kosten der Liberalen entstanden. Soweit bekannt ist, hat die Arbeiterpartei in 9 von 29 Londoner Gemeinderäten die absolute Majorität erhalten. Man will auch in diesem Wahlsieg einen wichtigen Hinweis für die nächsten Parliamentswahlen erblicken, weil man erwartet, daß es der Arbeiterpartei gelingen wird, die Mehrheit zu erreichen. Dies ist jedoch nicht völlig zutreffend, da die Wählerlisten für die Gemeinderäten ganz andere sind als für das Parlament. Bis jetzt sind auch 35 Frauen gewählt worden. In der Provinz hat die Arbeiterpartei gleichfalls große Erfolge erzielt und über 170 Mandate dort erobert.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

735 000 Streikende!
New York, 3. November. (Quad.) Man schätzt die Zahl der Streikenden in den Kohlenbergwerken auf 735 000. 100 000 bis 200 000 Grubenarbeiter arbeiten weiter.

Vor dem Generalstreik in Pennsylvania?

H. N. London, 4. November. Die „Times“ melden aus Washington: Man ist der Ansicht, daß die Bergarbeiter sich nicht durch die Beschlagnahme ihrer Streikkasse einschüchtern lassen werden. Sie erwarten, daß die örtlichen Organisationen über genügende Gelder verfügen, um damit den Streik durchzuführen zu können und daß ihnen weiter auch seitens anderer Gewerkschaften Unterstützung zuteil wird. Es wird davon gesprochen, daß eine Intervention von Seiten der Regierung zu erwarten ist, doch steht andererseits fest, daß beiden Parteien eine andere Lösung als gerade der Kampf lieber wäre. Ein rechtliches Symptom ist die Tatsache, daß die Arbeiterföderation in Pennsylvania den Hauptausführl besolamächtigt hat, den sofortigen Generalstreik zu vollziehen.

Die Arbeiter der Kettkohlenminen schließen sich an.

L. N. London, 4. November. Aus New York wird gemeldet: Die Bergarbeiter der Kettkohlenminen sind dem Ruf zum Streik mit wenigen Ausnahmen gefolgt. Die öffentliche Meinung wendet sich sehr scharf gegen die Bergleute.

Militär und Gefängnis gegen die Streikenden.

Quaa, 4. November. Der „Woeager „New York Times“ meldet aus New York: Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß 52 Regimenter Infanterie, 28 Regimenter Feldartillerie und 20 Bataillone Maschinengewehre wenn nötig zur Verfügung ständen. Die Regierung hat den Plan, alle geschlichen Waffen gegen die Streikenden bis zum äußersten anzusetzen. Berner hat die Absicht, jedem Arbeiterführer bei Gefängnisstrafe zu verhaften, die Arbeiter zum Streik zu verleiten. Da Wankerkohlen allen Dampfmaschinen erst dann abzugeben werden, wenn gehörliche andere Verbraucher Kohlen erhalten haben, so wird der Handel stark Not leiden.

Gaases Befinden unverändert.

In dem Befinden des Genossen Gaase ist seit gestern keine nennenswerte Veränderung eingetreten. Die Schwäche besteht noch wie vor fort, doch ist die Verträglichkeit gut, ebenso der Appetit.

Diktatur und Terror.

A. B. Die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale, die jetzt innerhalb der U. S. P. D. Gegenstand der lebhaftesten Auseinandersetzungen ist, steht in engstem Zusammenhang mit der Frage, wie wir uns zur Taktik des Terrorismus stellen sollen. Auf der sonntägigen Generalversammlung der Berliner Parteiorganisation wurde die von Genossen Ledebour auf das entschiedenste bekämpfte Behauptung aufgestellt, daß Diktatur mit Terrorismus identisch sei. Es erscheint darum notwendig, die beiden Begriffe klarzustellen und voneinander abzugrenzen.

Karl Marx, der das erste Mal das Wort „Diktatur des Proletariats“ gebrauchte, war in den Traditionen der Demokratie aufgewachsen. Aber es war dies für ihn nicht mehr eine bürgerliche, sondern schon eine proletarische Tradition. Denn die Erfahrung der englischen Chartistenbewegung hatte gezeigt, daß das Bürgertum nur so lange demokratisch ist, als es der Gefolgschaft der Arbeiterklasse folgt ist. In dem Augenblick, da diese, die zusammen mit der Bauernschaft die überwiegende Mehrheit des Volkes bilden, sich auf eigene Faust stellt, schwand die Begeisterung des Bürgertums für die Demokratie, sie wird zur Förderung des Proletariats, das auf diesem Wege die Umformung der Gesellschaftsordnung durchzuführen zu können hofft. So dachte die Chartisten, so legte noch Basalle auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts den größten Wert. Marx aber erkannte auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung, daß die Gesellschaft sich in ihren entscheidenden Phasen nicht auf evolutionistischem Wege entwickeln könne, daß zwischen den sich entwickelnden Produktionskräften und den dies starrer bleibenden, da in starren politischen und juristischen Formen sich ausdrückenden Produktionsverhältnissen ein immer größer werdender Widerspruch entstehe, der zu einer gewalttätigen Lösung treibe: zur Revolution. So ist für ihn die Gewalt eine ökonomische Notwendigkeit, der Geburtsweiser jeder Gesellschaft, die mit einer neuen Schwanger geht.

Auch das Proletariat — das erkannte Marx sehr wohl — kann auf keinem andern Wege zur Macht gelangen als auf dem Wege der Gewalt, der Revolution. Es muß, wenn es die restlose Verwirklichung des Sozialismus erreichen will, die Umformung der Gesellschaftsordnung ganz in seine Hände nehmen. Da die andern Klassen der Gesellschaft kein Interesse an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben, so kann das Proletariat nicht mit den andern Massen (das heißt auf demokratischem Wege) die Gesellschaftsordnung umformen, es muß dies ohne oder gegen den Willen der andern Massen tun, es muß eine Diktatur ausüben.

Den Begriff der Diktatur hatte Marx von der alten römischen Verfassung entlehnt. Das alte Rom war im großen und ganzen eine demokratische Republik gewesen. Ein Punkt der Verfassung bestimmte aber, daß in Zeiten höchster Not, meist während großer Kriege, ein Diktator mit uneingeschränkter Gewalt, die nur in ihrer Dauer (auf ein halbes Jahr) beschränkt war, ernannt werden sollte. Diese Verfassungsverordnung übertrug Marx auf das Proletariat. Sein Gedankenengang war dabei folgender: Der Grundhakt, daß das Volk, dessen überwiegende Mehrheit doch die arbeitenden Massen bilden, souverän sei und als Ganzes die Regierungsgewalt ausübe, muß von jedem Sozialdemokraten als selbstverständlich anerkannt werden. Aber in Zeiten höchster Not, wie es die gewalttätige Lösung der Widersprüche innerhalb der Wirtschaftsordnung, die Revolution, ist, muß die Regierungsgewalt vorübergehend von einem Diktator übernommen werden, weil die Gesellschaft in solchen Zeiten nicht anders gerettet werden kann als durch die uneingeschränkte Herrschaft eines einbeislichen, festen und starken Willens: Das ist während der sozialen Revolution der Wille des Proletariats, das in seiner Gesamtheit die neue Gesellschaftsordnung, den Sozialismus will und zielbewußt und willensstark auf ihn hinarbeitet.

Dies ist die Diktatur des Proletariats, die Marx meinte und die wir anstreben, nicht als Ziel, sondern als unumgängliches Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus. Es ist die uneingeschränkte Herrschaft und Befehlsgewalt des Proletariats. Ist das aber mit Terrorismus identisch? Kann die Gewalt ohne Terror nicht auskommen? Terrorismus heißt auf deutsch Schreckensherrschaft. Mit dem Wort „Schreckensherrschaft“ wird indirekt ausgedrückt, daß es auch eine Herrschaft ohne Schrecken, ohne Anwendung terroristischer Mittel gibt. Wohl aber muß jede Herrschaft mit einer bestimmten Gewalt ausgerüftet sein, das heißt, mit der Fähigkeit, ihren Willen und ihre Gebote, falls sie mißachtet werden, auch mit Gewalt zur Geltung zu bringen. Es geht also schon aus dem Begriff des Terrorismus als einer Schreckensherrschaft hervor, daß Gewalt nicht dasselbe ist wie Terror.

